

Anfrage TOP 3

Gremium	Termin	Status
Umweltausschuss	17.04.2024	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen

Baumschutzsatzung

Vorlage Nr.: 20247907

ANFRAGE

• DIE GRÜNEN IM RAT • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

An den
Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Beigeordneten
Alexander Thewalt
Jaegerstr. 1
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 09.04.2024

Anfrage zur Sitzung des Umweltausschusses am 17.04.2024:
Baumschutzsatzung – Bitte um Stellungnahme der Verwaltung



Stadtratsfraktion Ludwigshafen
Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender
Heike Hess · Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ibrahim Yetkin · Stellv. Fraktionsvorsitzender
Gisela Witt

Fraktionsbüro
Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.die-gruenen-im-rat.de

Sehr geehrter Herr Thewalt,

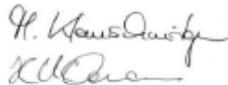
wir bitten Sie, die folgenden Fragen in der Sitzung des Umweltausschusses am 17.04.2024 zu beantworten:

- Wie nimmt die Stadtverwaltung in der aktuellen Situation zur Möglichkeit einer Baumschutzsatzung Stellung?

Begründung:

Ludwigshafen muss 2024 3.600 abgestorbene Bäume fällen lassen, eine Rekordzahl. Nur ein kleiner Teil dieser hohen Zahl kann parallel durch Neupflanzungen ersetzt bzw. ergänzt werden. Der ökologische und der wirtschaftliche Wert von Bäumen in der Stadt hat deutlich zugenommen. Bei der Abwendung von Klimafolgen, die für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt schädlich sind, spielen Bäume in der Stadt eine große Rolle. Bei Bäumen im städtischen Eigentum wie auch im privaten Eigentum ist es daher von hoher Bedeutung, ob sie ggf. erhalten werden können bzw. ersetzt werden. Der Gedanke des Bestandserhalts in Zeiten des Klimawandels hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren in weiteren Städten Baumschutzsatzungen beschlossen wurden, in Mannheim z. B. 2019 einstimmig mit dem Motiv „mehr Bäume zu erhalten“. Ein aktuelles Beispiel von 2024 ist die Baumschutzsatzung der Stadt Trier, bei der nicht die Sanktionierung ungenehmigter Baumfällungen im Vordergrund steht, sondern die Beratung zum Erhalt von Bestandsbäumen und im Falle einer unvermeidbaren Baumfällung die Pflicht zur Ersatzpflanzung. Die Stadt Trier erklärt, dazu keine neuen Stellen ausweisen zu wollen.

Mit freundlichem Gruß



Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende